

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

56 (7.3.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252669](#)

Norddeutsches Volksblatt.

Gescheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Insätze für: die viergespartene Seite
10 f. bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 5059.

Organ für Vertretung
der Interessen des werkthätigen Volkes.

Abonnement
bei Herausgabezahlung frei ins Haus:

vierjährlich	2,10 M.
für 2 Monate	1,40 "
für 1 Monat	0,70 "
excl. Postbelebung.	

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittag 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erheben.

Mr. 56.

Kant. Donnerstag den 3. März 1895

9. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom Montag den 4. März

Das **Haush** **lägt** **die** **Beratung** **des** **Staats** **beim** **Titel** **"Gehalt**
des **Kriegsministers"** **fort.**

Abg. Liebkind: (Sos.) tritt dem vorgezogenen gegen den Antrag Aue geltend gemachten Hinweise entgegen. Der heutige Turnunterricht ist mangelförmlich, hiervorzu setzen schärflich. Die Männer würden schwinden, wenn die Jugend leben für das Militärdienstes erzogen würde. Das liberale Bürgerdienst, das ja auch 1848 schon bestehende Förderung gefehlt und seine Ideale erst aufgezeigt, als der Sozialismus doppelseitig entstand. Bezeichnen muss ich namentlich, das die Löhne des Militärdienstes grösser oder auch nur annähernd so gross sein werden, als die des jüngst gehobenen Heeres. Der Hauptvortheil des Militärdienstes ist allerdings, dass die Miliz nicht zum Kampfe gegen das Volk fürt verhindern lassen würde.

des Militärsystems ist allerding, das die Miliz nicht zum Kampfe gegen den Wolf sich verwerben lassen würde.

Abg. *Grenzcorps* (Batt.): Die Verbindung des Turnens mit Jugendspielen ist, wie der Herr Rückert wohl nicht weiß, zweifel von meinen Parteifreunden in den Gesellschaften empfohlen worden. Eine Beschilderung verweist zur Empfehlung der Miliz auf die Schweiz; ja, ist denn die Schweizer Miliz schon ein eingeschlossenes Mal im Kampfe mit unseren modernen Herren sprach? Scharnhorst hat auch in seinem Memorandum vom Juni 1807 das abschlägige Gegentheil von dem ausgeführt, was Herr Rückert als seine Meinung hinstellt. Es hat doch seinen Herrn Rückert als seine Bildschönste, charakteristische Kürme den Feinde gleich von Anfang an entgegenstellen zu können. Eine solche Kürme haben und wollen sie nicht, Herr Rückert.

re nicht den Sozialdemokraten zu Liebe ausgeben. (Beifall.) Nach einer kurzen Erregungswelle Ziebold's und einer Replik Smidt's erläutert Abg. Dr. Stroila (Ball.): „So denkt, wir wollen die bestehenden Deutschenverfassungen beibehalten, der wird die Einheit Deutschlands verhindern. Wie also, so hat auch unsere Heer-organisation Wangel: so beweisen vor Ablauf unserer Prüfungsdienste einer verständigten Föderation. Wobei die Kommission, die sagt ja schon mit einschlägigen Petitionen beschäftigt hat, die Sache in diesem Sinne fördern. Den Herrn Minister möchte ich fragen, ob nicht eine dahingehende Gesetzes-Novelle in Aussicht steht; ferner möchte ich fragen, ob wir nicht eine mehrheitliche Übertragung der noch brauchbaren Kosten, die aber nicht mehr berechnet werden, abhalten können. Unsere Kostentragungswilligkeit lebt an Wängels; so sollte man nach meiner Meinung unseren kleinen Landstädten nicht zu sehr die Truppen entziehen, um sie an eingezogenen Orten zu sehr zusammen zu ziehen.“

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erwidert, die Garnison von Boppard sei aus dienstlichen Rücksichten verlegt worden. Die Bergesjäger hätten es im Interesse der Ausbildung der Mannschaft ausdrücklich gewünscht.

Generaldirektor v. Spiz giebt zu, daß seitens der Finanzabteilung viele Wünsche an das Kriegsministerium gelangen; sollten sie alle erfüllt werden, so würde die Summe von 200 Millionen kaum ausreichen. Die Militärverwaltung könnte deshalb einem Entwurf erst zustimmen, wenn bestimmt formelle Anträge vorliegen.

Abg. Bodel (Soz.): Die Frage der Miliz wird nicht von der Zugsordnung verdrängt, denn es findet in der letzten Zeit Er-
hebungen herbeigeführt, bei denen man sich doch fragen muss, ob
die Armee zu einem Werthe gegen das Volk heranziehen müssen
wollen. Die Staatsräte sind, die mehrfach aufgerufen sind,
den Reichstag vereinatzt zu eröffnen, ob er die Armee für
solche Zwecke verwenden sollet will. Ein Erlass des Reichskriegsministers
beschäftigte sich mit dem Verbot der Beschäftigung sozialdemokratischer
Arbeiter in den Militärschulen. Gegen solche Maßnahmen
wurde auf das Aberrichterleben eintreten, denn wie die Freien jeden
Bewaffnung das Reich, Arbeiter, wenn ihrer politischen Überzeugung
entlassen; wenn so etwas geschiehen soll, dann muss es durch

Gesetz erscheinen. Die Sozialdemokraten müssen Steuern zahlen und alle Rechte gegen den Staat erfüllen, da verlangen wir auch die beiden Freiheiten für sie. Was jetzt den Sozialdemokraten gefreist, das kann vor mehreren hundert Jahren Ihnen, die nicht die religiöse Überzeugung der Machthaber hatten, heute wohl man das für eine modernere Kulturschicht unwürdig. Eines der ersten Gesetze des Norddeutschen Bundes war die Gleichstellung der verschiedensten Religionen. Heute sollen gefährliche politische Überzeugungen unterdrückt werden, dadurch erleidet man nur Gewalt. Glauben Sie, daß die Militärverwaltungsmannen wirklich an den Erfolgs ihrer Freiheit? Das wäre sehr naiv. In Spanien haben die Arbeitnehmer der Militärwerftanlagen sozialdemokratisch gewählt, ebenso in Rio die Arbeitnehmer der Marinenwerftanlagen. Ohne die Sozialdemokratie können Sie nicht existieren. Sie können ohne Sozialdemokratie keinen Krieg führen. Wenn die Leute dann nur Frieden wollen, dann muß es Frieden geben.

„Krieg“ gestanden wird, dann können die zwei Millionen Sejpaldeutstaken nicht zu Haufe liegen. Es kann sich Schande begeisteert haben.“ (D. R.) Es ist eine Notwendigkeit, daß Neugierigen unterlassen werden, welche Schilderung in weiten Kreisen verbreitet zu erhalten. Die Bedürftigen werden aufgefordert, Spiegel und Post zu leisten über die politische Stellung der Rekruten, ein solches Schlag des Bandenrichs d. Waldorf für Niederbarnim und ein anderes aus dem Königreich Sachsen ja da belassen geworden. Ein Soldat des 65 Infanterie-Regiments in Magdeburg wurde in den Tod entrieben, weil man ihn als Sejpaldeutstaken verdächtigte, wobei er tatsächlich keiner war. Ein Arzt Dirschfeld wurde nicht zum Dienst als Arzt im zweiten halben Jahre seiner Dienstzeit zu geschissen, sondern sollte ja sein zweites halbes Jahr unter der Wasser abdienen, wegen er sich nach der ärztlichen Untersuchung als untauglich erwies. Alle diese Maßregelungen erlangten nur, weil sie als Sozialdeutstaken verdächtig waren. Im Falle eines Kriesses wird die Heerwaltung froh sein müssen, sozialdemokratische Kerle zu haben. Einem Rekrutenten Wendland wurde, weil er wegen Wehrpflicht bedeckt war, die Bezeichnung zum einzigen Dienst entzogen. Der Mann hat sich während seiner Dienstzeit gut gefühlt; wurde aber plötzlich nach Ehrenbreitstein in die A. K. Kompanie gebracht. Die Privatunternehmer werden, wenn sie Beziehungen mit der Heerwaltung abholen, verständigt, keine Sozialdemokraten beschäftigen. Die Arbeitnehmer müssen einen Rekurs unterstreichen, daß sie nicht sozialdemokratische Verbündungen haben, daß sie sich die sofortige Entlassung gewähren lassen müssen. Das wäre zweckmäßig den Bestimmungen der Gewerbeordnung. (Sehr richtig!) Ein Soldat Berlins gegen Seite und gute Sache darf die Militärverwaltung sich gestatten, aber bald in der bürgerlichen Weise auch nur ein ehrlicher Biber sprudeln gelassen gemacht wird. Das ist ein Fundus tiefer moralischer Gefüsetheit. Bei den sommerlichen Übungen werden den Truppen von ihren Kommandanten Anstrengungen zugemessen, die über das richtige Maß hinausgingen. Zweie Fälle aus Württemberg, Waiblingen und Stuttgart, einer aus Schleswig-Holstein, Kielburg, lagen vor, wo die Mannschaften vor Überanstrengung umfielen und starben. Im Kriege wird man allerdings nach der Höhe nicht fragen; in Geschäften werden die Proberungen aber auch die viel mehr leicht als im Frieden. In Frankreich sind jene der großen Höhe am Ende verboten. Daurum soll nicht in Deutschland etwas Ähnliches angeordnet werden. Während die größten Käste sind der zufrieden Schone Regimentsführer angeordnet worden, die ebenfalls gefundene Schädigungen der Truppen zu folge hatten. Die Umfrage vorlegte will den Umbau von Seite, Ordnung und Religion abschaffen. Wenn die Armeen in diesen Kampfe das hauptsächliche Mittel sein soll, dann müssen die Einschätzungen der Armeen so losgelassen sein, daß sie nicht mit der Religion, Sitten und Ordnung im Widerpruch stehen. Das ist aber nicht der Fall. Der Gebrauch des Duells sieht mit der Religion im großen Widerspruch. Redner verweist auf die Verhandlungen in der Umfragekommission und die verschiedene Statistik, wonach

[Zuruf des Großen Witzbach: Es sind sehr wenige!] Es sind aller-
dings nur 60 Fälle, aber in Bezug auf die Vergehen, für die man
Strafbefreiungen beansprucht, kommen nicht einmal so viel vor.
Vergleicht werden. (Seht richtig! links). Eigentümlich ist es, daß
es gerade während der Zeit dieser Unstimmigkeitsverhandlungen die Duelle
sehr zahlreich waren, daran waren sogar einige Feindschaftsabgeordnete
beteiligt. Redner zählt die in der letzten Zeit bekannt gewordene
militärische Duelle auf, bei denen unter Rücksichtnahme der Gefahr
unter Blickeung der vorgesetzten Brüder Schatzversteigerungen offen-
kundig stattfanden. (Seht richtig! links). Redner berichtet auch über den
Borlaß in Hamburg, wo ein Zivilist von einem Offizier mit dem
Degen im Kampf besiegt worden sei, wegen eines Zusammenschlusses auf der
Weiberbörse. Redner verweist auf das Spruchurteil des „Oberamtmannen-
korrespondenten“. Nach den Begivenheiten der militärischen Ehe mag
der Offizier richtig gehandelt haben, denn der Anklagezug ist ja nun
für die Bürgerlichen vorhanden. Auf der einen Seite schwere Straf-
befreiungen der militärischen Bergesen, auf der anderen Seite
milde Bestrafungen von Bergesen der Offiziere und die schwere Strafe
dafür, daß in 99 Fällen von 100 die Strafe nicht einmal abgesetzt
zu werden braucht. (Seht richtig! links). Ein gemeinsamer Soldat, ein
Sozialdemokrat in Mainz, kommt über eine Bestrafung, er wird
nur zu 6 Monaten, kann zu 8 Jahren verurteilt werden. Ein Offizier,
der eben anderem im Duell erschossen wird, darf nach seinem Recht be-
gnadigt. Das bedeutet, daß der Militärstraf mit den einschlägigen
Anforderungen an die Kultur im Widerspruch steht. Das lange ein
bürgerlicher Staat sich nicht gefallen lassen. Wäre die deut-
sche Volkswertsetzung das, was sie sein sollte, dann müßte sie dagegen
mit Energie Front machen. Offiziere, die aus religiösen Gründen das
Duell ablehnen, müssen den schändlichen Abschluß nehmen, daß in die Form,
die als die beliebtesten gezeichneten werden, Religion, Sitten und
Werte, wo al Widersprüchen den Duss, und die kommt nun mit einer Bes-
chädigung der Staatsfeste zum Schade der Religion und der Sitten.
Wir haben die Überzeugung, daß unter Anklagungen von der un-
geheueren Wehrheit des Hofes unterfügt werden. (Beifallstimmen links).
Konservativer, der Situations, in, nötigen, (Beifallstimmen links).

Politische Annalen

Want how a man

— Im Reichstag wurde gestern die Beauftragung des Militärtatsortes fortgelebt. Beim Titel Militär-Beauftragung nahm der Kriegsminister Veranlassung, das nachzuholen, was er am Tage zuvor in seiner Erörterung auf Bebel Anklagen vergeben. Bebel hatte gegen die Beugnädigungen polemistisch, die den Duellanten im Offizierscorps durchgehends und zwar sehr bald zu Tode werden, und führte einen Fall an, wo ein Offizier Regel im Duell seinen Schwager erschossen hat. Regel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt aber nach drei Monaten vom Kaiser begnadigt. Bebel, so meinte nun der Kriegsminister, wolle vom Beugnädigungsrecht nichts wissen. Das sei schon gelegt von jemand, der nicht in die Gefahr kommt, sich duellieren zu müssen. Wenn er, Bebel, aber einmal vom Standgericht zum Tode verurtheilt würde, so würde er über das Beugnädigungsrecht anders denken. Daß dieser Vergleich gewaltig künstl. leuchtet außer dem Kriegsminister wohl Jedermann ein. Derfelbe nahm sodann den Offizier in Hamburg in Schuß, von dem Bebel gesagt hat, daß er ohne ersichtliche U-fache einen ähnlichen

Dort haben. Der Kampf der Börse und des Großkapitals gegen die sozialpolitischen Erkenntnisse der Regelung beginnt jetzt wieder aktuell zu werden — da heißt es, das Beilagen zu plündern, so lange es noch blüht — das heißt, die Gelegenheit beim Schopf nehmen und die Herren Großkapitalisten für die Befriedung ihrer Interessen ordentlich zahlen lassen. Glauben Sie mir, das bringt mehr ein als Ihre Schriftsteller; und Sie haben es vorläufig doch noch nötig, trotz der reichen Freunde. Ich will Ihnen jedoch entgegenkommen und Sie bitte für Ihre schriftstellerischen Arbeiten gewinnen lassen, aber diesen Winter müssen Sie noch bei mir ausbaraten.“

Walter war bei diesen Worten seines Freunde von den verschiedenartigsten Empfindungen bewegt worden. Am liebsten hätte er den kleinen frechen Mann bei seinem unzivilen Anspielung auf sein Verhältnis zu Jenny in das Gesicht geschlagen aber hätte sein Freund nicht Recht? Wer er nicht der Sklave dieser Frau? Wer er nicht schon so tief gesunken, daß er sich jetzt ihre reichen Geschenke gefallen läßt? Seine Wohnung in einer vornehmen Straße des westlichen Stadtviertels war prachtvoll ausgestattet. Wer hatte alle diese Kostenbarkeiten geschenkt? Wer ihm die ganze uppige Ausstattung einrichten lassen? Jenny hatte nicht nachgelassen mit Bitten und Schmeicheln, bis sein Widerstand besiegt gewesen war und

Wen ich bei Dir bin," flüsterte sie, "will ich nichts
vermissen, was Reichtum, Ruh und Schönheit uns dienen
können. Du gibst mir ja mehr, als all dieser Flittercam-
perth ist. Du gibst mir Deine Liebe, Dein Leben."

Digitized by srujanika@gmail.com

aufzufordern, an ihrem Tische Platz zu nehmen. Die unbekannten wurden ihm vorgestellt und so erweiterte sich der Kreis seiner Bekanntschaft von Tag zu Tag mehr, als ihm anzusehen war. Die alte Frau, bekannt

„Was haben Sie denn jetzt unter der Fieber? Hoffentlich überraschen Sie uns bald wieder mit einem solchen stimmungsvollen Gedicht wie Ihre Novelle Laskowiz. Sie ist in der That entzückend!“

Walter dachte wirklich daran, seine politische Thätigkeit in dem Korrespondenzbüro Griffjors aufzugeben und sich ganz der Schriftstellerei zu widmen. Als er mit Griffjor eines Tages über diese Absicht sprach, meinte dieser nach einigem Nachdenken: „Ich würde es nicht thun, verchristet. Ich rate Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, das allerdings auch das meinige ist. Sie haben auf dem Gebiet der Novellistik einen Erfolg errungen — schön! Aber erschien Sie selbst, war dieser Erfolg lediglich der Fortschreitlichkeit Ihrer Arbeit zu verdanken oder sprechen nicht noch andere Umstände mit, welche mit Ihrer Novelle“

„Seien Sie,“ fuhr Gräfin fort, „da liegt der
Fase im Pfiffer! Ich verdenke Ihnen nicht im Gering-
sten, daß Sie diese Umstände auszunützen suchen, aber diese
Umstände können Sie doch leicht verändern, und eine zweite
oder dritte Arbeit von Ihnen braucht durchaus nicht das
Aussehen der ersten zu erregen. Ich will Ihr Talent nicht
ausweisen, aber es ist eine eigenständige Sage mit der
Gräflichkeitserlei. Heute roth — morgen tot! Außerdem
fehlt uns in politischer Beziehung ein höchst interessanter
Unter bevor. Sie können auch als Politiker für Ihre
Gesellschaft eingesetzt werden.“

mit dem Säbel verhauen habe. Bronfart fragte, der Bißlitz habe den Offizier provoziert, was immer noch nicht das Recht giebt, selbst Richter zu spielen. Als vorgekenn Bebel den Foll erzählte, fiel im Hause das Wort „Freiheit“. Das hat den Kriegsminister so gewurmt, daß er nun nachträglich erklärte, daß er denjenigen der Freiheit zeiden müsse, der den Foll ausgeschlossen habe, weil er denselben unter dem Deckmantel der parlamentarischen Redefreiheit gebraucht. Daan beschwerte er sich über den Ton, den die Sozialdemokraten ihm gegenüber anwendeten und erbat sich von denselben etwas mehr Mäßigung in ihren Ausdrücken. Der Herr Kriegsminister verzichtete nur, daß es so aus dem Walde schallt, wie man hineinkriegt und man die Auswüchse des Militarismus unmöglich im Salonsplauderten kritisieren kann. Bebel blieb dem Kriegsminister die Antwort nicht schuldig und brachte das Thema dann auf die im vorigen Jahre vom Reichstag angenommene Resolution bezüglich Vorlesung einer Statistik über die militärgerechtlich abweichenden Vergangenheiten, sowie auf die Reform der Militärstrafordnung und des Beschwerderechts. Ueber dieses Thema sprachen außer Bebel noch die Freisinnigen Engmann und Beck, der Kriegsminister, Vollmar und andere. Das Kapitel wird darauf genehmigt.

In der Justizkommission des Reichstages hat Genosse Vollmar folgenden Antrag eingereicht: Die Kommission möge beschließen: 1) dem § 54 folgende Hafnung zu geben: Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der im § 51 Nr. 1—3 bezeichneten Angehörigen zur Unrechte gereichen oder die Gefahr für die rechtliche Verfolgung zuziehen würde. 2) folgenden § 65a in die Strafprozeßordnung aufzunehmen: Wird der Inhalt einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift geblitbt, für welche nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter hafstet, so sind Beleger, Redakteur und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendete Hülfspersonal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Eindringen zu verweigern. 3) Dem § 60 der Regierungsvorlage zu streichen. 4) Die §§ 61 und 63 der Regierungsvorlage, sowie § 62 der Strafprozeßordnung zu streichen und durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: § 61. Der Vorlesende richtet an den zu Beleidigenden die Worte: „Sie geloben und versichern auf Ehre und Gewissen, daß Sie die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit sagen werden“ beginnend „gefragt haben.“ § 62. Der zu Beleidigende spricht die Worte: „Ich vertheidige es auf Ehre und Gewissen.“ 5) In § 63 der Strafprozeßordnung den Abzug 1 zu streichen. 6) Den § 64 der Strafprozeßordnung, sowie die §§ 65 und 66 der Regierungsvorlage zu streichen. 7) Dem § 69 der Strafprozeßordnung im Abs. 1 folgende Hafnung zu geben: Wird das Zeugnis oder die Eidesleistung in einer vor einem ordentlichen Gericht anhängigen Strafsache ohne gesetzlichen Grund verweigert, so ist s. w.

Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Zollvereinigungvertrages vom 8. Juli 1867 zu. Danach in den Kommunen die Erhebung einer örtlichen Verbrauchsabgabe von Wein, Most, Schaumwein und Kunstmilch bis zu 10 Prozent des Wertes gestattet. Zum Militäretat hat der Abg. Schädler (Bentz) einen mehrfach erwähnten Antrag auf Gewährung warmer Abendbrots an die Soldaten jetzt in der Hoffnung eingebracht, den Herrn Reichskanzler zu erreichen, zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendbrote an die Mannschaften des aktiven Heeres angestellten Versuche fortgesetzt werden und je nach dem Ergebnis dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einschaltung dieser Einrichtung in den Etat 1896/97 einzustellen.

Das preußische Abgeordnetenhaus befand am Montag die Beratung des Kultusetats. Zur Laufe der Debatte wurde regierungsbündig mitgetheilt, die Gründzüge einer allgemeinen Medizinalreform seien im wesentlichen festgestellt und gingen demnächst dem Ministerium zur Prüfung zu. Die Frage der Trennung der Medizinal-Abteilung vom Kultusministerium sei nur im Zusammenhang mit der Medizinalreform zu lösen. Das Apothekenrecht solle auf dem Prinzip der National-Konzeption neu geregelt werden. Die bereits festgestellten Grundsätze würden gegenwärtig von den deutschen Bundesregierungen geprüft. Die neue Medizinalreize sei fürstlich fertig gestellt worden. Die an die Kommission zurückgewiesene Position des Landwirtschafts-Geistes für Herstellung des Verbindungs-Kanals vom Südb.-Rhein nach dem Holländischen Hoogeveen-Kanal wird mit großer Mehrheit genehmigt.

Der Zentralverein deutscher Colportage-Buchhändler richtet an den Reichstag eine Petition, in der er auf Grund sehr reichhaltigen Materials die Bedeutung des durch die Abänderungsanträge zur Gewerbeordnung bedrohten Colportage-Buchhandels darlegt und um die Abwendung der ihm drohenden Gefahren bittet.

Die Reichstags-Erfahwahl im Wahlkreis Molshain-Erstein (7. Glaß-Lohrungen), der durch die Niedrigung des blauäugigen Vertreters Jorn von Bulach zum Unterhauptsekretär freigeworden ist, ist auf den 3. April anberaumt. Bei der letzten Wahl erhielt Jorn von Bulach, der als Hospitant der konservativen Partei trat, 13 863, der Kandidat der Blaue 6365 und der sozialdemokratische Kandidat 3163 Stimmen. Freiherr Jorn von Bulach will wieder kandidieren.

Aus Schwerte-Schmallenberg liegt nun mehr das amtliche Wahlergebnis vor. Danach sind gefallen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Guhn 5905 (1893 3765), auf den Nationalen Jakob 3826 (3809), den Freisinnigen Stengel 3495 (3844), den Nationalliberalen Peters 3106 (4280). Verloren hat also der einer Besprechung unterzogen worden. Wie wir aus zu-

Kandidat der Mittelparteien ist 1893 1174 Stimmen, gewonnen der Sozialdemokrat 1840, der Freisinnige 651, der Nationalen 17. Im ganzen beihilften sich an der Wahl diesesmal 16 032 gegen 14 739 im Jahre 1893. Eine rechte Ratsstimming über den Aufgang der Wahlherrschaft in nationalliberalen Kreisen. Das offizielle Organ der Partei, die „National. Zeitung“, bedauert den Einfluß der Tabaksteuervorlage auf die Wahl und drückt dann in den Zimmerschreit aus: „Der Schaden ist nun angebracht; es kommt zu einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Nationalen, wobei der Letztere seine Aussicht mehr hat, den Befestigungsland zu erhalten. Die Freisinnigen sind gewillt, geschlossen für den Sozialdemokraten einzutreten und diesem Bündnis gegenüber werden sich die Kräfte, über welche Herr Jakob in der Stichwahl glänzende Fälsche verschafft kann, als zu schwach erweisen. Der 47. Sozialdemokrat sieht, wie wir bestreiten, dem Reichstag als unvermeidlichen Zusatz bevor.“ Der in Schmallenberg erscheinende freisinnige „Bürgerhausfreund“ schreibt: „Das ist die sozialdemokratische Stimmenzahl riesig gewachsen ist, kann nicht Wunder nehmen. Hier zeigt sich Kar und deutlich, daß unsere gegenwärtige Zustände keineswegs erfreulicher Natur sind, und daß die ungünstige Stichwahl immer weitere Kreise in das Lager der Unzufriedenheit treibt. . . . Die Regierung könnte aus dieser Wahl viel lernen, wenn sie es wollte. Dieser höhere Rückzug nach links, welcher bei der Reichstagswahl am Donnerstag erfolgt ist, bedeutet einen Sammeln protest gegen die derzeitige politische Lage. Wie ein „Bir hierher und nicht weiter“ erfordert der Rückzug aus der Wahlkugel heraus. Möge die Regierung dieses Menschenverschus und umkehren von dem selbiger beschrittenen Wege. Sie steht nur ein Mittel gegen das riesige Nachsehen der Sozialdemokratie, und dieses Mittel heißt: Freiheitliche Politik! Keine Reaktion!“ Das nationalliberale „Tageblatt“ in Schmallenberg fordert bereits die Wähler auf, in der Stichwahl Mann für Mann für Jakob (den Nationalen) einzutreten.

In der Klemme wegen der Tabaksteuer sitzt von den Konservalisten nicht nur der „Kreis-Zeitung“, Redakteur, Herr v. Hammerstiel; auch an den konservativen Reichstagsabgeordneten Allesch-Böhmer, der den Wahlkreis Lippe-Detmold vertritt, haben die Tabakfabrikanten in Lippe die Aufforderung gerichtet, für die Verhinderung der Tabaksteuer einzutreten. Es heißt in dem Aufrütteln an den Abgeordneten: „Wir Fabrikanten und Arbeiter protestieren gegen solche verderbliche, in ihren Folgen verheerende Steuerpläne der Regierung und bitten Sie, auf Grund der Ihnen überstandenen Entschließung des deutschen Tabakvereins sich ablehnend gegen diese verhängnisvolle Steuer zu verhalten. Wir würden mehrere hundert Arbeiter entlassen müssen; unter Störungen sind auf einen größeren Betrieb ausgeschaut, als er uns dann bleiken würde.“ An die Kommunalvorstände der beteiligten Ortschaften soll eine Denkschrift vertrieben werden, die um Unterzeichnung und Übereignung an den genannten Abgeordneten.

Zur Bewegung gegen die Tabaksteuer. Aus Kreisen der württembergischen Tabakindustrie wird berichtet, daß die württembergischen Industriellen bei Annahme der Tabaksteuerfeste ebenfalls gemessen sein würden, Arbeitserlössungen und zwar in ganz erheblichem Maße (man spricht von dem größeren Theil der Arbeiter) vorzunehmen. Die Lager sind überfüllt, die Kaufkraft ist ohnehin eine geringe und würde sich bei Annahme des Gesetzes so bedeutend noch reduzieren, daß eine umfassende Produktionsbeschränkung unabdinglich sein müste.

Den Militärdienst der Volkschulehrer betreffend, hat der freisinnige Abgeordnete Weiß mit Unterstützung der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung zum Militärdienst den Antrag eingereicht, die Regierungen zu ersuchen, es möge Bestimmung getroffen werden: a) daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt, b) daß durch die in Aussicht stehende Einführung des Einjährigdienstes der Volkschullehrer und Kandidaten des Volkschulamtes denselben die Berechtigung zur Ableistung des Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger nicht entzogen wird.

Majestätsbeleidigungen und kein Ende. Die Anklagen wegen Majestätsbeleidigung scheinen jetzt bei einem besonders hohen Grad der Häufigkeit erreicht zu haben. So wurden in Berlin einige junge Leute angeklagt, weil sie sich über den „Song an Regn“ in einer Weise ausgesprochen hatten, daß einige Personen glaubten, die Anklagungen zur Angelegenheit zu bringen. Der Untersuchungsrichter, welcher mit dieser Sache befaßt war, hatte, wie die Berliner „Volks-Ztg.“ hört, in derselben Woche nicht weniger als 68 Fälle von Anklagen wegen Majestätsbeleidigung zu verarbeiten.

Bei den Gewerbege richtswahlen in Pforzheim siegte die sozialdemokratische Liste über die Liste der Christlich Sozialen und ihrer Anhänger mit 1648 gegen 160 Stimmen.

Der Braunschweiger Bierboßkott geht seinen Ende entgegen. Wie der „Märkte, Ztg.“ gemeldet wird, verpflichtet sich nur das sozialdemokratische Bierboß-Komitee notariell, gegen Weiterzählung der 21 noch ausgesparten Brauereiarbeiter die Aufhebung des seit zehn Monaten währenden Bierboßkotts bis zum 9. März zu erwirken.

In dem Foll-Castan, der begehrlicher Weise großes Aufsehen erregt hat, bringt die konservative „Post“ folgende, offenbar von dem kompromittierten ersten Staatsanwalt ausgehende Notiz: „In einem Theil der Tagespresse ist neuerdings der in einer Untersuchungshalle wider den Besitzer des Panoptikums Castan ergangene zurückweisende Bescheid der Staatsanwaltschaft das Landgericht I verhältnißmäßig auf Anordnung der Regierung in Schlesien ange stellt. In dem den Gemeinden zur Beantwortung vorgelegten Fragebogen sind die Anzahl der Fabrik-Handwerker (das sind solche, die in Werkstätten arbeiten, in welchen 10 und mehr Handwerker beschäftigt sind), der Haushandwerker (d. solche, welche in der eigenen Wohnung oder in Werkstätten weben, in welchen weniger als 10 Weber thätig sind), die Zahl der Meister

verhältnißlicher Quelle erfahren, daß der erste Staatsanwalt am Landgericht I, welcher noch der bestehenden Geschäftsvortheilung die Sache nicht selbst bearbeitet, sondern von der Sachlage erst durch die Legespreche Kenntnis erlangt hat, sofort Beauftragung genommen, im Aufsichtswege die Wiederaufnahme der Untersuchung und die Anstellung weiterer Ermittlungen bei uns vollständiger Feststellung des Thalbhandels anzuordnen. — Es ist mit Genugthuung zu begrüßen, schreibt die „Frank. Zeitg.“, daß die Rameute in diesem Falle in so prompter Weise zugestellt wird. Immerhin aber läßt es auf einen eigenartigsten Geschäftsgang bei der betreffenden Staatsanwaltschaft schließen, daß der erste Staatsanwalt erst durch die Legespreche von einem Vorgange in seinem Dienstbereich Kenntnis erhält, der das Ansehen der Justiz recht noch berührt.

Professor v. Gissel ist am Montag der östlichen Insituengen erlegen. Mit ihm verliert das deutsche Volk einen wackeren Kämpfer für Geisteskreativität. Er war Philosoph und Schriftsteller und Mitglied der deutschen Geisteswelt für ethische Kultur. Sowohl er Politiker, war er Sozialdemokrat. In weiteren Kreisen wurde er bekannt, durch die Überleitung von Bellamy's „Achibald“ ins Deutsche. Er hatte sich im Jahre 1878 als Privatdozent an der Universität Berlin niedergelassen und lehrte in den letzten 12 Jahren als Professor vor einem großen Kreise von Studenten an der gleichen Universität. Er war politisch und philosophisch der radikalste Universitätslehrer Deutschlands. Sein Einfluss auf viele Kreise als Schriftsteller, Lehrer und Organisator war groß, und zwar gerade in den Kreisen, die der sozialdemokratischen Agitation nicht zugänglich waren. Alle, die ihn kannten, die sein Wirken verstehen, werden ihm über das Grab hinaus ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Österreich-Ungarn.

Budapest. Den großkapitalistischen Charakter des ungarischen Parlaments kann man leicht ermessen und braucht sich dann auch nicht mehr über die Interessenpolitik, die dort getrieben wird, wundern, wenn man folgende Schilderung des „Budapesti Hirlap“ über die Berufe und Nebeneinkünfte zahlreicher Abgeordneten aufmerksam liest. Es schreibt: In der Verwaltung der Schiffsfabrikfirma „Adria“, welche vom Staate subventioniert wird, sitzen die Abgeordneten: Stefan Tisza, László Lanczi, Alexander Matketic, Julius Rosenberg und Dominik Teleki. Die Hunyader Arzneiwerke haben eine Bank für zwanzig Jahre verpachtet; der Präsident dieser Bank ist Károly Szell, Präsident des Finanzausschusses des ungarischen Abgeordnetenbaues, und Mitglied des Verwaltungsrates in Ladislaus Hagedorn. Die Sammelstiftung für die ungarischen Staatsbahnen Waggons, elektrische Apparate u. a., und in deren Verwaltung sitzen Alexander Hegedüs und Ignaz Hely. Als Aufsichtsräthe der Waffenfabrik fungieren Ambros Neményi und Károly Mikszath. Einzelne Abgeordnete, wie Alexander Hegedüs, sind vielfache Verwaltungsräthe. Ambros Neményi ist achtziger Direktor, aber auch er wird überzeugt von Mór Nagy, dem Muster eines liberalen Abgeordneten, der an der Verwaltung von fünfzehn subventionierten Bahnen teilnimmt.

Italien.

Nom. 5. März. Gestern war Giolitti im Dokumentenprozeß den Untersuchungsrichter im Dokumentenprozeß den Untersuchungsrichter. Er verlor jedoch auch diesmal den Einwand der Inkompetenz der ordentlichen Gerichte und verließ darauf das Gerichtsgebäude.

Belgien.

Brüssel, 5. März. Die Vorlage betrifft die Wahlordnung für die Gemeindewahlen. Es gelten im Parlament verhältnißmäßig die Gemeindewahlen. Dieselbe bestimmt: Die Wahlberechtigung beginnt mit dem 30. Jahre, nach 3 Jahren fänden Wahlen im Orte der Wahl statt; jeder Wähler kann bis 4 Stimmen erhalten, nämlich als Bürger, als Familienvater, als Steuerpflichtiger und als Grundbesitzer. Die Vorlage wird als Verlust des Wahlrechts und überhaupt mit Recht als Verlust einer Reaktion angesehen. Die Begründung für die Vorlage kündigt eine zweite Vorlage an, betreffend die Einführung des Proportionalverfahrens für die Fälle, wo nicht beim ersten Wahlgange die Mandate besetzt werden.

England.

London, 4. März. Die Grasschäftswohlwahlen sind nun vorüber. Sie haben bekanntlich am letzten Sonnabend stattgefunden. Von den 108 gewählten Räthen sind 57 sogenannte Fortschrittsräthe und 51 Gemäßigte. Den Fortschrittsräthe gehört John Burns und seine Anhänger an.

Parteidienst.

Der nächste internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress. Alle amtlichen Mitteilungen und Anfragen, betreffend den Kongress, sind zu adressieren an den Sekretär des Vorbereitungsausschusses, Mr. Thorne, Gasworkers' and General Labourers' Union, 144 Barking Road, London E.

Soziales.

Erhebungen über die Handweberei werden gegenwärtig auf Anordnung der Regierung in Schlesien ange stellt. In dem den Gemeinden zur Beantwortung vorgelegten Fragebogen sind die Anzahl der Fabrik-Handwerker (die sind solche, die in Werkstätten arbeiten, in welchen 10 und mehr Handwerker beschäftigt sind), der Haushandwerker (d. solche, welche in der eigenen Wohnung oder in Werkstätten weben, in welchen weniger als 10 Weber thätig sind), die Zahl der Meister

Wer ein gutes Bett

Vertrauen entgegen bringen; wir würden dieses Vertrauen.
Wir bleiben bei unserem
alten Prinzip:



kaufen will, findet in unserer Ausstellung fertiger Betten stets eine große Auswahl. Schundware, wie dieselbe häufig in den Zeitungen angeboten wird, liefern wir nicht, da sich dieses nicht mit unserem Grundsatz: nur gediegene Waren zu führen, vereinigen lässt. Beim Einkauf von Betten muss man dem Kaufmann ein gewisses aufs Spiel setzen, wenn wir uns dazu verständen, mit Schundware zu schmecken. Man kann nur in den Geschäften wirkliche Vorteile finden, in denen der große Umfang das billige Einkaufen von Ware ermöglicht.

Bülf & Frandsen.

Zu verpachten
verschied. Gartenland
hier selbst am Tonndieck und bei Kopperhörn.
Heppens, 4. März 1895.

H. Reiners.

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Spezial-Abtheilung
für
Damen-Konfektion.

Elegante
Frühjahrs-Regen-
Mäntel
in kolossaliger Auswahl zu
außerordentlich
billigen Preisen.

Zu vermieten
zum 1. Mai eine vierräumige Stagen-
wohnung mit Zubehör und kleinem
Gärtchen zum Preis von 255 M.
Näheres bei
P. März, Hinterstraße 20.

Zu vermieten
ein sehr möbliertes Zimmer.
Tonndieck, Karlstraße 10, u. r.
Stollhammer-Mitteldeich.

Gesucht zum 1. Mai a. c.
ein tüchtiges 15—16jähriges junges
Mädchen.
Joh. Bode.

Gesucht auf sofort
ein zuverlässiges **Mädchen**, welches
kindertief ist und mit der Wäsche befreit
weist, für einen bürgerlichen Haushalt.
H. Rannen, Ecke der Schulstraße und Tonndieck 6.

Gesucht
zum 1. Mai ein erfahrener **Mädchen**.
Dr. Kesse Wittwe, Bant,
Werkstraße 20.

Gesucht ein Stundenmädchen
für den Vormittag.
H. Janssen, Schneidermeister,
Neue Wilhelmsh. Str.

Das Pfand- und Leihgeschäft
verbunden mit **An- und Verkauf**
von

Wilh. Harms
Neue Wilhelmsh. Str. 22
empfiehlt sich zur Annahme von neuen
und getragenen Kleidungsstücken, Schuh-
waren, Möbeln, Betten, Uhren, Gold-
und Silbersachen, Velocipeden usw.

50 Pfennig-Bazar

21 Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Parkeingang gegenüber.

Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haushaltungs-
Gegenständen, Versusartikeln und Spielwaren &c. &c.
Vorzügliche abgelagerte Cigarren sowie preiswerthe Roth- und Weißweine.

Verein Fortuna.

= Einladung =

zu dem am Sonnabend den 9. März d. J. im Lokale
des Herrn Baschke (Tonhalle) stattfindenden

Winter-Vergnügen

bestehend in

Konzert, kom. Vorträgen, Theater und Ball.

Umfang 8½ Uhr.

Karten à 30 Pf. sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern und
Abends an der Kasse. Tanzband 70 Pf.
Bemerk't wird noch, daß der Reinertrag des Vergnügens den Hinterbliebenen der Besatzung des Nordd. Dampfers "Elbe" überwiegen werden soll.

Das Komitee.

Pfand- u. Leihgeschäft
verbunden mit

An- und Verkauf

von neuen und getragenen Kleidungsstücken,
Möbeln, Betten, Velocipeden und Räbmachinen, Tapischen, Uhren, Gold- und
Silbersachen, Schuh- u. Stiefelwaren usw.

A. Jordan,
Ecke der Schulstraße und Tonndieck 6.

90 M. Belohnung

Demjenigen, der mir nachweist, daß mein gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts nicht ein wirklicher ist. Deshalb beeile sich jeder, diese im Leben nie wiederkehrende günstige Gelegenheit wahrzunehmen, denn nur noch kurze Zeit dauert dieser Ausverkauf von Herren- u. Knaben- sowie Arbeiter-Garderoben, Schuhwaren, Normallwäsche zu Tag- und Auctionsspreisen.

Waarenhaus
für
Gelegenheits-Käufe
Marktstraße 25.

Mein Instrumenten-, Saiten-,
Tabak- und

Cigarren - Geschäft

sowie meine vorzüglichsten
hellen und dunklen Biere

bringe in empfehlende Erinnerung.

C. Beilschmidt,
Neue Wilhelmsh. Str. 44.

Damen- u. Herren-
Perrücken

sowie Bärte
für Karneval- und Theater-
Aufführungen, verleiht zu den
billigsten Preisen

W. Morisse,
Roonstraße 75 b.

Jur gesl. Beachtung!
Schuhmacher-Rohstoff-Verein

lieferst die billigsten und stärksten

◆ Sohlen ◆

sowie sämtliche
Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Verkauf auch an Nichtmitglieder.

13 Marktstraße 13.

Gutes Logis f. einen j. Mann.

Grenzstraße 10, 2 Tr.

Verantwortlich für die Redaktion: L. B. Karl Schütz, Druck und Verlag von Paul Hug, beide in Bant.

Bürger-Verein Bant.

Donnerstag den 7. März

Nachts 8½ Uhr

Monats - Versammlung

im Lokale der Witwe Brummba.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.

2. Aufnahme neuer Mitglieder.

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Ein Posten

Köper-Kattun

häubische Mütter für Bettbezüge

Meter 25 Pf.

Bülf & Frandsen.

Billig zu verkaufen

zwei Geschäfts-Wagen,
passend für Bäcker oder Milchhändler; der
eine kann auch als Braetwagen benutzt
werden.

J. C. Folkerts,

Wagenbauer,
Ecke der Ulmen- und Friederikenstr.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besond. Anzeige.)
Gestern Abend verschied mein
lieber Mann, der

Dr. med.

Hiegbald Bühmekorb

prakt. Arzt

auch tief betrauert von seinen Eltern
und Geschwistern.

Neuende, den 6. März 1895.

Fran Dr. Bühmekorb,
geb. Hermine Peters.

Die Beerdigung findet statt am
Sonnabend, 9. d. Mts., 3½ Uhr
Nachmittags.

Todes-Anzeige.

Am Montag Abend 6 Uhr starb
nach langem Leiden mein lieber
Mann, der Maler

Hermann Bielefeld

im Alter von 35 Jahren, was wir
Freunden und Bekannten mit der
Bitte um stillle Teilnahme betrübten
Herzens zur Anzeige bringen.

Bant, 6. März 1895.

Christiane Bielefeld, geb. Knocke,
nebst Tochter.

Die Beerdigung findet Donner-
tag, 7. März, Nachm. 3 Uhr, vom
Sternhäusle, Adolfstr. 16, aus statt.

